

Versachlichung der Bioethikdebatte ist notwendig

Die Umsetzung der "Biopatentrichtlinie" mit Wirkung vom 10. Juni 2005 war ein wichtiger Schritt zur Klärung einiger viel diskutierter Graubereiche in der Regulierung der Biotechnologie. Mit der Richtlinie wurde weder ein "Patent auf Leben" geschaffen noch angebahnt. Für den Biotechnologiestandort problematisch ist die äußerst polarisierte Diskussion über Bioethik. Diese bedarf dringend einer Versachlichung.

Mit der Umsetzung der "Biopatentrichtlinie" der EU wurde mit Wirkung vom 10. Juni 2005 eine der – neben "Softwarepatenten" – vermutlich meist diskutierten Materien des Patentrechts in Österreich übernommen. Eine qualitative Einschätzung der Wirkungen auf Wirtschaft und Forschung hat ergeben, dass die Umsetzung ein wichtiges Signal für den Standort war. Die Richtlinie schuf keine neue Rechtsmaterie, sondern konkretisiert bestehendes Recht und klärt Graubereiche. Ein teils befürchtetes "Patent auf Leben" wurde weder geschaffen noch angebahnt.

Problematisch für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort ist, dass die Bioethikdebatte in Österreich stark emotionalisiert geführt wird. Wenn rationale Argumente kaum greifen, entstehen negative Rückkopplungen auf die Regulierung in Österreich und auf den Forschungsstandort. Teils werden Investitionen aufgrund der medial intensiv geführten Diskussion unterlassen.

Das WIFO hat im Auftrag des Biopatent Monitoring Komitee die Auswirkungen der Umsetzung der EU-Richtlinie 98/44/EG auf die österreichische Forschungs- und Wirtschaftspolitik ermittelt; ein besonderer Schwerpunkt der Analyse lag dabei auf den Effekten für kleine und mittlere Unternehmen. Patente sind seit dem UOG 2002 für Universitäten und zahlreiche Forschungseinrichtungen ein notwendiges Instrument, um biotechnologische Erfindungen verwerten zu können. Befürchtungen wie die Kommerzialisierung der universitären Forschung konnten bisher nicht bestätigt werden. Die Zahl wie die Qualität von Publikationen blieb weitgehend unverändert. Häufig sehen sich Akteure der Biotechnologie mit einem Patendickicht und strategischer Patentierung konfrontiert. Beides kann Forschung und betriebliche Innovation hemmen.

Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen müssen beachten, dass die Hebel zu Veränderungen oft weniger in der Patentierung als in anderen Themenbereichen liegen, wie etwa den jeweiligen Materiengesetzen (z. B. Gentechnikgesetz). Auch ist die Branche stark internationalisiert, sodass eine rein österreichische Betrachtung zu kurz greifen muss. Folgende Handlungsempfehlungen ergeben sich aus der WIFO-Analyse:

- Die Debatte über Biotechnologie sollte mit rationalen Argumenten geführt werden.

- Aspekte der Patentierungen wie etwa die Originalität von Erfindungen ("Prior Art") oder die Betrachtung von Patenten als strategisches Instrument sollten von der europäischen Wettbewerbspolitik stärker beachtet werden. Auch sollte die Einführung einer "Grace-Period"-Regelung diskutiert werden.
- In Österreich ist die Rechtslage des Forschungsprivilegs zu prüfen und eventuell nachzubessern, um möglichen Lizenzstreitigkeiten vorzubeugen.
- Um den Technologietransfer zu verbessern, müssen Universitäten die Vermarktung von Erfindungen weiter professionalisieren. Eine "translationale" Technologietransfereinrichtung, welche die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte unterstützt, sollte geschaffen werden.
- Finanzierungslücken müssen behoben werden. Diese treten häufig bei Ausgründungen und in Wachstumsphasen auf. Unter anderem muss das in Österreich gravierende Problem der zu geringen Risikofinanzierung gelöst werden.

Wien, am 25. Juni 2009.

Rückfragen bitte an

Dr. Klaus Friesenbichler, Tel. (1) 798 26 01/296 Klaus.Friesenbichler@wifo.ac.at oder
Mag. Gerhard Schwarz, Tel. (1) 798 26 01/263, Gerhard.Schwarz@wifo.ac.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der folgenden WIFO-Studie im Auftrag des Biopatent Monitoring Komitee: Klaus S. Friesenbichler, Gerhard Schwarz, Eine qualitative Abschätzung der Auswirkungen der Biopatentrichtlinie auf die Wirtschafts- und Forschungspolitik in Österreich (Juni 2009, 42 Seiten:

http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36041&typeid=8&display_mode=2)